

EINE ÜBERSICHT FÜR DIE EUROPÄISCHE DEBATTE VOR DEN WAHLEN 2020 IN DER SLOWAKEI

Erstellt von Zuzana Gabrižová

DIE POLITISCHE LANDKARTE DER SLOWAKEI

Die slowakische politische Landschaft ist vor den Parlamentswahlen am 29. Februar außerordentlich fragmentiert. Eine der letzten Meinungsumfragen vor dem Umfragenmoratorium sagt vorher, dass acht Parteien im Parlament vertreten sein werden. Mögliche Szenarien rechnen aber mit 6 bis 12 Parteien, die Parlamentschancen haben.

Die Februarwahlen finden vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Entwicklungen in der slowakischen Gesellschaft und Politik statt, die seit dem Mord des Journalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová im Jahr 2018 stattgefunden haben. Obwohl die mutmaßlichen Täter derzeit vor Gericht stehen, werden weiterhin neue Enthüllungen über Korruption auf hoher Ebene und die durch toxische Verbindungen gelähmten staatlichen Institutionen von den Medien intensiv verarbeitet.

Trotz enormer Skandale und schwindender Unterstützung wird die sozialkonservative SMER-SD (Mitglied der SPE), die Partei, die die slowakische Politik in den letzten 14 Jahren größtenteils beherrscht hat, höchstwahrscheinlich als der nominelle Wahlsieger herauskommen. Diese Partei kann immer noch auf rund 17% zählen. Das am meisten besorgniserregende Merkmal der bevorstehenden Wahlen ist das zunehmende Potenzial der rechtsextremen Partei Kotlebovci-ĽSNS (keine Zugehörigkeit), die momentan in der Opposition und derzeit die drittbekannteste Partei der Slowakei ist (10%).

Neben ĽSNS zählt das Oppositionsspektrum sechs Parteien mit realistischen Chancen, im Parlament einzuziehen: eine eklektische Bewegung von Persönlichkeiten ohne klassische Parteistruktur, OĽaNO (ECR), die jetzt mit 15% überraschenderweise die

beliebteste unter ihnen ist; zwei neue Parteien: die Mitte-Links-Koalition Progresívne Slovensko/Spolu (Renew/EVP) und die Mitte-Rechts-Koalition Za ľudí (bisher keine Zugehörigkeit), die vom ehemaligen Präsidenten Andrej Kiska gegründet wurde; eine Partei unter der Leitung des prominenten Geschäftsmannes Boris Kollár namens Sme Rodina (IDP); die wirtschaftsliberale SaS (ECR) und die Christdemokraten KDH (EVP), die älteste Partei in der modernen slowakischen Geschichte, die nach vier Jahren die Chance hat, ins Parlament zurückzukehren.

Bei diesem Fragmentierungsgrad sind Vorhersagen problematisch. Viel wird davon abhängen, welche der Parteien, deren Unterstützung um 5% schwankt, es letztendlich ins Parlament schaffen werden (siehe Abbildung unten). Dies kann die Szenarien nach den Wahlen dramatisch aufmischen. Die beiden derzeitigen Junior-Koalitionspartner: die nationalistische SNS (keine derzeitige europäische Parteizugehörigkeit) und die slowakisch-ungarische Partei Most-Híd (EVP) befinden sich in der Risikozone, da ihre Unterstützung in den letzten Monaten stark zurückgegangen ist.

Es gibt ein plausibles Szenario, in dem die Oppositionsparteien (mit Ausnahme des neofaschistischen ĽSNS) eine Regierung bilden könnten, die aus fünf bis sechs Parteien bestehen und daher möglicherweise recht fragil sein würde. Alternativ könnte SMER-SD mit der stillen Unterstützung von ĽSNS eine Regierung bilden, obwohl Premierminister Peter Pellegrini (SMER-SD) diese Option öffentlich abgelehnt hat. Andere Alternativen können nicht vollständig ausgeschlossen werden, insbesondere angesichts der Unsicherheit darüber, wer ins Parlament kommt, aber die meisten Oppositionsparteien lehnen eine Koalition mit der regierenden SMER-SD ab.

DIE SLOWAKEI IN DER EU

EuroPolicy und EURACTIV.sk konzentrieren sich auf die europäische Dimension der slowakischen Vorwahldebatte und haben sich darauf spezialisiert. Eine aktuelle [Studie](#) der Comenius-Universität analysierte die Euroskepsis von slowakischen politischen Parteien vor den Wahlen. Unter Verwendung von Daten aus Fernsehdebatten und

Facebook-Posts sowie Daten aus den Wahlmanifesten haben die Autoren die Parteien auf einer Skala der akademischen Euroskepsis-Definition dargestellt. Nach ihren Erkenntnissen kann nur ĽSNS als eine harte euroskeptische Partei angesehen werden, während zwei Oppositionsparteien – Sme Rodina und SaS – zu sanfter

EINE ÜBERSICHT FÜR DIE EUROPÄISCHE DEBATTE VOR DEN WAHLEN 2020 IN DER SLOWAKEI

Erstellt von Zuzana Gabrižová

Euroskepsis tendieren. SMER-SD, Most-Híd, KDH, Za ľudí und PS/Spolu sind alles Parteien, die eine weitere EU-Integration unterstützen, aber keine kann als wirklicher Eurofederalist bezeichnet werden. Zwei Parteien, SNS und OĽaNO, können aufgrund ihrer widersprüchlichen Aussagen gegenüber der EU nicht entschieden in eine dieser Kategorien eingeordnet werden.

Europäische Themen fehlen weitgehend in der allgemeinen Kampagnenrhetorik und werden nur in bestimmten gut informierten Insiderkreisen (Experten, Diplomaten, Expat-Community) diskutiert.

EuroPolicy/EURACTIV.sk hat die Positionen der relevanten politischen Parteien (SMER-SD, OĽaNO, PS/Spolu, Za ľudí, Sme Rodina, SaS, KDH, SNS) in Bezug auf die dringendste europäische Agenda analysiert und verglichen. Die resultierende [Studie](#) deckt spezifische Fragen ab, die den Parteien in zehn Bereichen gestellt wurden: Interner Umgang der Slowakei mit der EU-Agenda, Energie- und Klimapolitik, Governance der Eurozone, Agrarpolitik, Regionalentwicklung mit EU-Mitteln, Digitalisierung, Justiz und Inneres, Geschlechterfragen und Außen- und Sicherheitspolitik. Es wurden zwei Hauptquellen verwendet: Manifeste der Parteien (in einigen Fällen fehlen Manifeste: SMER-SD, ĽSNS) und Interviews mit Parteiexperten auf dem jeweiligen Gebiet. ĽSNS wird bei der Analyse überhaupt nicht berücksichtigt, da die Partei uns keine Antworten gegeben hat.

Die folgenden Kapitel bieten einen Überblick über einige ausgewählte Bereiche. Zunächst wurden Vorschläge zur Verbesserung der Leistung der Slowakei in der EU untersucht. Eine davon besteht darin, die Koordinierung der europäischen Agenda vom Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten auf das Regierungsbüro der Slowakischen Republik zu übertragen. Die Parteien, die diese Maßnahme fordern (PS/Spolu, Za ľudí, teilweise SMER-SD) – unterstützt von einem Teil der Expertengemeinschaft, argumentieren,

dass die Eigenverantwortung für die sektorale Politik der EU in einigen Ministerien unbefriedigend ist, weshalb die EU-Angelegenheiten zur Tagesordnung des Premierministers gemacht werden müssten. Dieser Gedanke wurde vom scheidenden Außenminister von 10 Jahren, Miroslav Lajčák (SMER-SD), stark abgelehnt, der kürzlich in einer Rede vor der diplomatischen und Expertengemeinschaft davon abgeraten hatte.

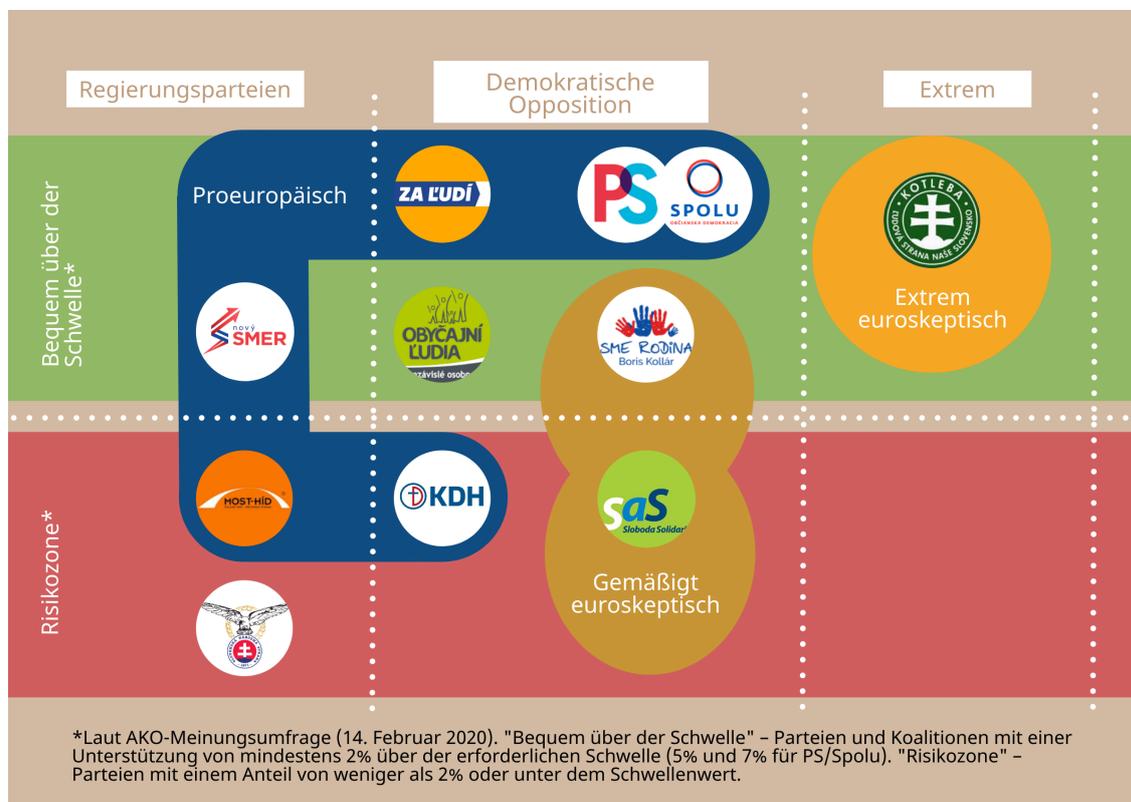
Was sind und was sollten die slowakischen Prioritäten in der EU nach Ansicht der politischen Parteien sein, wenn man nun vom Verfahrensrahmen zur Substanz übergehen würde? Natürlich steht der mehrjährige Finanzrahmen der EU (2021-2027) ganz oben auf der Tagesordnung von fast allen. Europäische Fonds machen nach wie vor einen großen Teil der öffentlichen Investitionen in der Slowakei aus. Der Europäische Green Deal spielt auch eine zentrale Rolle, da die politischen Parteien die Unvermeidlichkeit einer klimafreundlichen Politik und die damit einhergehenden Zuweisungen von Übergangsmitteln langsam akzeptieren. Spezifisch für die Slowakei ist die Sorge um die Automobilindustrie, eine der Säulen der Wirtschaft, und ihre Anpassungsfähigkeit an eine klimaneutrale Zukunft.

Die Visegrad-Zusammenarbeit wird in Manifesten slowakischer politischer Parteien relativ häufig erwähnt. Traditionell ist die V4-Gruppe das wesentlichste Verbündeten-Reservoir in der EU. Die Oppositionsparteien behaupten, dass die Slowakei beim Aufbauen von Koalitionen weiter gehen muss. Während keine Partei die Existenz der V4 oder die Notwendigkeit, konstruktive nachbarschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten, in Frage stellt, fordern einige eine stärkere Distanzierung von der Politik der ungarischen oder polnischen Regierung. Die Partei Za ľudí geht sogar so weit zu sagen, dass Viktor Orbán die Marke V4 usurpierte und ungarische Positionen unter ihrem Namen kommuniziert, ohne andere Partner zu konsultieren.

EINE ÜBERSICHT FÜR DIE EUROPÄISCHE DEBATTE VOR DEN WAHLEN 2020 IN DER SLOWAKEI

Erstellt von Zuzana Gabrižová

Abbildung: Politische Parteien vor den Parlamentswahlen 2020 in der Slowakei.



Konzept: Zuzana Gabrižová, Design: Daša Drapáková, 2020.

RECHTSSTAAT, JUSTIZ UND INNERES

Als V4-Mitglied war die Slowakei in der europäischen Rechtsstaatlichkeitsdebatte bisher nicht sehr lautstark. Ob im Fall von Polen oder Ungarn, die slowakische Regierung hat immer den Dialog etwaigen Sanktionen vorgezogen (Verfahren nach Artikel 7). Die politischen Parteien zeigen wenig Lust, das Instrumentarium der EU zur Überwachung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten zu stärken. Die einzige Ausnahme bildet die PS/Spolu-Koalition (PS-Abgeordneter Michal Šimečka von der Renew-Fraktion wurde zum Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die neuen rechtsstaatlichen Mechanismen). Die Partei behauptet, dass sie nicht nur ein Peer-Review unter den Mitgliedstaaten unterstützt, sondern auch eine jährliche Überwachung einschließlich Sanktionen und Konditionalität der EU-Mittel. Die Verknüpfung der EU-Finanzierung mit der Rechtsstaatlichkeit ist für die

meisten anderen Parteien eine rote Linie, aber einige würden nicht gegen jährliche rechtsstaatliche Bewertungen der EU (OLaNO) protestieren. Za ľudí hält es für inakzeptabel, dass „die EU-Institutionen mehr für die Rechtsstaatlichkeit kämpfen als die betroffenen Länder selber“, geht jedoch nicht so weit, mehr Macht diesbezüglich auf EU-Seite zu unterstützen. Sme Rodina und SNS haben eine ähnliche Position. SaS ist der Ansicht, dass die EU-Institutionen die slowakische Realität nicht richtig verstehen. KDH-Vertreter haben in dieser Angelegenheit keine einheitliche Position. Die Meinung von SMER-SD ist unbekannt.

Die Europäische Staatsanwaltschaft hingegen wird fast einstimmig unterstützt. Einige Parteien sind vorsichtig, wie die neue Institution nach ihrer Inbetriebnahme in die nationalen Systeme passen wird. Mehrere Parteien wären bereit, dem neuen Gremium mehr Kompetenzen wie bei

EINE ÜBERSICHT FÜR DIE EUROPÄISCHE DEBATTE VOR DEN WAHLEN 2020 IN DER SLOWAKEI

Erstellt von Zuzana Gabrižová

internationaler Kriminalität, Korruption und Terrorismus zu übertragen (PS/Spolu, SaS, KDH). SNS warnt vor einer möglichen „Einmischung“ in nationale Kompetenzen. OLaNO würde es vorziehen, wenn mehr Länder der verstärkten Zusammenarbeit beitreten, bevor neue Kompetenzen hinzugefügt werden. Za Ľudí betont die Notwendigkeit, die nationalen Kapazitäten in diesem Bereich zu stärken.

Alle slowakischen Parteien sind sich einig, dass die obligatorischen Flüchtlingsquoten abgelehnt und die Asylentscheidungen in nationalen Händen gehalten werden müssen. Einige Parteien zeigen ihre Bereitschaft, den am stärksten von Migration betroffenen Ländern

GESCHLECHTERFRAGEN

In den letzten Jahren sind Geschlechterfragen zu einem eher überraschenden Streitpunkt der slowakischen Politik geworden. Die Konfliktlinien teilen den konservativen und liberaleren Teil der Gesellschaft und das politische Spektrum. Die als Ideologie verstandene „Gender-Agenda“ wird von der Kirche und von den konservativeren Formationen in der Politik als böse dargestellt. Themen wie der Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt (Istanbuler Konvention des COE) oder der Abbau von Geschlechterstereotypen verunsichern eher konservative Politiker.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die meisten slowakischen politischen Parteien die spezifischen Situationen von Frauen in der Gesellschaft nicht ansprechen. Die einzigen Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen sind Maßnahmen im Zusammenhang mit Mutterschaft, d.h. Unterstützung für Frauen auf Mutterschaftsurlaub, in einigen Fällen alleinerziehende Mütter (Eltern), und familienfreundliche Maßnahmen im Allgemeinen (KDH, OLaNO, SNS). Nur zwei Parteien befassen sich mit dem Problem des geschlechtsspezifischen Lohngefälles (PS/Spolu, Za Ľudí), einem Teil der europäischen Säule sozialer Rechte. Außerdem wird die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Vergütungstransparenz vorlegen.

PS/Spolu und Za Ľudí wollen das geschlechtsspezifische Lohngefälle auch auf nationaler Ebene angehen, indem sie den Durchschnittslohn von Männern und Frauen nach Positionen in größeren Unternehmen und öffentlichen

mehr Hilfe zu leisten. Einige (KDH, PS/Spolu) sagen implizit, dass die Slowakei die Fähigkeit hat, zumindest einige Menschen aufzunehmen, falls es dazu kommen sollte. Abgesehen davon hat keine der Parteien eine klar formulierte Position dazu, wie das europäische Asylsystem oder die Dublin-IV-Verordnung aussehen sollten. PS/Spolu fordert eine „gerechte und wirksame“ Reform. Za Ľudí unterstützt mehr Mittel aus dem EU-Haushalt für die Länder, die unter Migrationsdruck stehen. SaS bevorzugt die Ausschiffungsplattformen oder jede andere Lösung, mit der die Bearbeitung der Asylanträge außerhalb des EU-Hoheitsgebiets erfolgen würde.

Institutionen regulieren. PS/Spolu fordert auch Antidiskriminierungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt und „vorübergehende Ausgleichsmaßnahmen“ für Berufe, in denen Frauen untervertreten sind. Die anderen Parteien sehen dies entweder nicht als Priorität an (SaS, KDH, SMER-SD) oder sehen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts nicht als Teil des Problems des geschlechtsspezifischen Lohngefälles. OLaNO behauptet, dass Frauen mit Kindern weniger bezahlt werden, weil sie als weniger zuverlässige Mitarbeiter wahrgenommen werden.

Die geplante EU-Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter wird sich auch mit geschlechtsspezifischer Gewalt befassen. Damit verbunden ist die mögliche Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbuler Konvention) durch die EU. Nur zwei Parteien (PS/Spolu und SaS) würden die Ratifizierung des Istanbuler Übereinkommens sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene unterstützen. Za Ľudí würde nur der nationalen Ratifizierung mit der Bedingung zustimmen, dass die Slowakei einige Bestimmungen nicht umsetzen würde, um „Bedenken zu zerstreuen“.

Sollte sich die Ratifizierung des Istanbuler Übereinkommens in der EU als unerreichbar erweisen, überlegt die Europäische Kommission, die Aufnahme von Gewalt gegen Frauen in die Liste der EU-Verbrechen vorzuschlagen. Auch hier würde nur PS/Spolu einen

EINE ÜBERSICHT FÜR DIE EUROPÄISCHE DEBATTE VOR DEN WAHLEN 2020 IN DER SLOWAKEI

Erstellt von Zuzana Gabrižová

solchen Vorschlag unterstützen. OĽaNO und KDH argumentieren, dass zunächst eine Definition von geschlechtsspezifischer Gewalt gefunden werden muss. KDH hat ein Problem mit dem bloßen Begriff

„geschlechtsspezifische Gewalt“. Insbesondere lehnen sie den Begriff „Geschlecht“ als „vom biologischen Geschlecht unabhängiges soziales Konstrukt“ ab.

ENERGIE UND KLIMA

Das Hauptziel des von der Europäischen Kommission im Dezember 2019 eingeführten EU Green Deal ist die Erreichung der Klimaneutralität bis 2050. Dieses Ziel wird derzeit von allen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Polen unterstützt. Die Slowakei hat das Ziel im vergangenen Jahr durch ihre höchsten Vertreter, Präsidentin Zuzana Čaputová und Premierminister Peter Pellegrini, unterzeichnet.

Diese Einstellung wird heute von den meisten slowakischen politischen Parteien geteilt. Nur SNS und SaS brechen die Reihen: Die Ansicht der ersteren ist unbekannt, und die Haltung der letzteren ist unklar. Beide politischen Kräfte teilen jedoch die Ansicht, dass die Treibhausgasemissionen reduziert werden müssen.

Diese Meinungsverschiedenheiten lassen sich nicht direkt auf die Ansichten zur Anpassung der Kohlenstoffgrenzen übertragen. Die Maßnahme wird vom EU Green Deal vorgeschlagen, für den Fall, dass andere große Volkswirtschaften keine signifikanten Emissionsminderungen unterzeichnen. Ihr Ziel wäre doppelt und relevant für die Slowakei: Exportierung der Klimabestrebungen der EU und die Schaffung von gleichen Wettbewerbsbedingungen für die Industrie.

In der Slowakei wird die Anpassung der Kohlenstoffgrenzen von SaS, Sme Rodina, OĽaNO, PS/Spolu, KDH und SMER-SD unterstützt. Za Ľudí hat keine klare Meinung und die Ansicht von SNS ist unbekannt.

In Bezug auf erneuerbare Energien, einem weiteren Thema in Verbindung mit dem EU Green Deal, hat sich die Slowakei verpflichtet, bis 2020 einen Anteil von 14 Prozent

am Endenergieverbrauch und bis 2030 einen Anteil von 19 Prozent zu erreichen. Das letztere Ziel muss noch von der Europäischen Kommission bewilligt werden. Das Land hat jedoch Probleme, das Ziel für 2020 zu erreichen. Sein Anteil stagnierte in den letzten Jahren (12 Prozent im Jahr 2018). Alle slowakischen Parteien unterstützen die Entwicklung erneuerbarer Energien in der Slowakei und betonen insbesondere das Potenzial von Solarenergie und lokalen erneuerbaren Energien. Mehrere Parteien schlagen die Entwicklung von Windenergie, Biogas und geothermischen Quellen vor. Gleichzeitig sehen sie die Notwendigkeit einer öffentlichen Akzeptanz und begrenzter Auswirkungen auf die Energiepreise und die Umwelt.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität setzt die Slowakei auf einen hohen Anteil der Kernenergie. Im Kraftwerk Mochovce befinden sich zwei neue Reaktoren im Bau, obwohl sie verspätet sind (Start voraussichtlich Ende 2020 bzw. 2021) und die geschätzten Kosten (5,67 Milliarden Euro) übersteigen. Alle slowakischen Parteien sind sich einig, dass die beiden Reaktoren fertiggestellt werden müssen. Gleichzeitig kritisieren alle außer SNS die Verspätung und die Kostensteigerung.

Auf der anderen Seite sind die Parteien in der Frage eines neuen Kernkraftwerks gespalten. SNS scheint ein solches Projekt zu unterstützen, Sme Rodina schlägt neue Technologien vor und SMER-SD zeigt zumindest eine bedingte Unterstützung. Dagegen stehen SaS, Za Ľudí, OĽaNO und PS/Spolu einem nuklearen Neubau äußerst kritisch gegenüber. KDH hat keine klare Meinung.

EINE ÜBERSICHT FÜR DIE EUROPÄISCHE DEBATTE VOR DEN WAHLEN 2020 IN DER SLOWAKEI

Erstellt von Zuzana Gabrižová

AUSSENPOLITIK

Der politische Konsens über die strategische Ausrichtung der slowakischen Außenpolitik (NATO, EU) wurde bisher als selbstverständlich angesehen. Die ersten Risse sind in 2014 nach der russischen Annexion der Krim aufgetreten. Diese Risse haben sich während der Amtszeit der scheidenden Regierung (SMER-SD, SNS, Most-Híd) weiter geöffnet. Nur einige Beispiele sind die offen pro-russischen Narrative, die die Sanktionspolitik der EU nach der Annexion der Krim (SNS, SMER-SD) in Frage stellen, die zögernde Unterstützung der Regierung für britische Partner nach dem Fall Skripal, die zahlreichen Treffen mit Vertretern auf der EU-Sanktionsliste durch den Sprecher des Nationalrats (oberster Verfassungsbeamter) oder die gemischten Botschaften gegenüber chinesischen Vertretern.

Mit Blick auf die Wahlmanifeste proklamieren alle Parteien die pro-europäische und pro-atlantische Ausrichtung der Slowakei. (Eine Ausnahme bildet ĽSNS, die sowohl die NATO als auch in geringerem Maße die EU-Mitgliedschaft des Landes in Frage stellt.) Im Vergleich zur Vergangenheit wird die künftige Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten nun vorsichtiger angegangen. Der außenpolitische Konsens besteht nach wie vor in weniger brennenden Fragen wie der Unterstützung der europäischen Ambitionen im Westbalkan, der Entwicklung der benachbarten Ukraine und einem stark akzentuierten Multilateralismus.

Eine der umstrittensten Fragen im Zusammenhang mit der europäischen Außenpolitik ist der Vorschlag, die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit (QMV) für bestimmte Entscheidungen im Rahmen der GASP im EU-Rat einzuführen. Dies sollte laut Befürwortern die EU zu einem schnelleren und effektiveren Global Player machen. Die meisten slowakischen Parteien sind in diesem Bereich vorsichtig. Während PS/Spolu zustimmt, dass dies aus Gründen der Effizienz getan werden sollte, ist der Rest des politischen Spektrums viel vorsichtiger. Für Za Ľudí ist das Problem ein „Dilemma“. Nach Ansicht der Partei würde sich eine größere europäische Flexibilität auf lange Sicht für die Slowakei „auszahlen“, daher „müssen wir irgendwann darauf umsteigen“. SMER-SD bevorzugt einen Kompromiss, der „den Aspekt der Souveränität sowie die Sensibilität bestimmter Entscheidungen respektiert“. Dies kann durch eine

Absicherung geschehen, um Einstimmigkeit im Europäischen Rat beantragen zu können. Ebenso ist die Position von OĽaNO nicht eindeutig. KDĽ, SaS, Sme Rodina und SNS sind entschieden gegen diese Idee.

Der derzeitige Verlauf der EU-Erweiterung wird von der Mehrheit der slowakischen politischen Parteien unterstützt. SaS ist die einzige skeptische Ausnahme. In ihrem Programm besteht die Partei darauf, dass es besser ist, kein neues Mitglied aufzunehmen, als ein anderes zu verlieren. Daher fordert die Partei die Aussetzung der Beitrittsprozesse, bis „die Situation innerhalb der EU selbst konsolidiert ist“. Der Beitritt der Türkei zur EU wird von KDĽ, OĽaNO, SNS und Sme Rodina vollständig abgelehnt.

Die europäische Perspektive für die Ukraine, die nach Ansicht von Vertretern aller beobachteten Parteien ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklung der Slowakei ist, wird nur in den Manifesten von Sme Rodina, OĽaNO, PS/Spolu und KDĽ ausdrücklich erwähnt. Nur OĽaNO hat sich auch hinter eine ukrainische Mitgliedschaft in der NATO gestellt. SNS, angetrieben von einer pro-russischen Einstellung, widersetzt sich diesen Vorstellungen.

Trotz unterschiedlicher Meinungen zum Umgang mit Russland lehnt keine der Parteien einen weiteren Dialog mit Moskau ab. Die unterschiedlichen Meinungen zeigen sich in Bezug auf die Sanktionen der EU gegen Russland nach der Annexion der Krim – und in der (fehlenden) Bereitschaft, Russland als Sicherheitsbedrohung für die Slowakei zu bezeichnen. Obwohl viele Parteivertreter, insbesondere bei SNS und Sme Rodina, argumentieren, dass die europäischen Sanktionen noch nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt haben, würden die meisten befragten Parteien eine Verlängerung befürworten, bis der Kreml seine Politik gegenüber der Ukraine ändert (Za Ľudí, OĽaNO, PS/Spolu und KDĽ).

Eine weitere Großmacht, die in jüngster Zeit im Mittelpunkt des außenpolitischen Diskurses in Mitteleuropa steht, ist China. Im Gegensatz zu ihren Visegrad-Partnern verfügt die Slowakei noch nicht über eine Strategie für den Umgang mit chinesischen Investitionen und für die Bewältigung der Herausforderung beim Aufbau der 5G-Infrastruktur. "Die chinesische Herausforderung" hat die Aufmerksamkeit

EINE ÜBERSICHT FÜR DIE EUROPÄISCHE DEBATTE VOR DEN WAHLEN 2020 IN DER SLOWAKEI

Erstellt von Zuzana Gabrižová

der meisten Parteien nicht auf sich gezogen. Nur PS/Spolu hat diesbezüglich Stellung bezogen und plant, bestehende bilaterale Handels- und Investitionsbeziehungen zu prüfen und die Teilnahme am 17+1-Format oder an der One Belt One Road-Initiative zu überdenken. Za ľudí verweist auf Pekings diskriminierende Praktiken gegenüber ausländischen Investoren und Unternehmen beim Eintritt in den chinesischen Markt und beabsichtigt, sich gegen sie auszusprechen. OĽaNO und KDH betonen die Notwendigkeit, die Menschenrechte im Gespräch mit

Peking zu thematisieren. Insbesondere wäre KDH der USA am offensten gegenüber und würde den Vorschlag des US-Präsidenten, chinesische Technologien für die zukünftige Telekommunikations- und Mobilinfrastruktur abzulehnen, ernsthaft prüfen. Sme Rodina und SNS betonen die wirtschaftlichen Perspektiven der slowakisch-chinesischen Zusammenarbeit und schlagen „Sensibilität“ und „vorsichtige Diplomatie“ in Menschenrechtsfragen vor.

Dieser Artikel wurde von EuroPolicy in Zusammenarbeit mit dem Prager Büro der Heinrich Böll-Stiftung verfasst.